Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Meißen.

Nr. 294 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonnabend 19. Dezember 1925

Gescheitert.

Es scheint nichts mehr zu werden mit einer Lösung der Regierungskrise vor Weihnachten. Seit dem 25. Oktober besteht diese Krise, seit damals, als die deutschnationalen Minister aus dem Kabinett austraten; die Demission Dr. Luthers am 5. Dezember war nur eine Folge davon. Es schien so außerordentlich leicht, ein Kabinett zusammenzubringen, weil eine einheitige außenpolitische Linie vorlag, weil jene Parteien, die für die Unterzeichnung des Vertrages von Locarno eintraten, außenpolitisch irgendeinen Meinungsunterschied nicht mehr aufweisen.

Die bisherigen Lösungsversuche sind aber an den innerpolitischen Meinungsverschiedenheiten gestrandet. Denn inzwischen war die Wirtschaftskrise in einem Maße angeschwollen, das uns die Zukunft immer dunkler und dunkler erscheinen läßt. Das Heer der Erwerbslosen wuchs in erschreckender Weise rascher und immer rascher; die Stimmung der unteren Beamtenklassen wurde eine verzweifelte, die Verantwortung für eine derartige Zukunft zu übernehmen, erschien immer weniger leicht. Die letzten Wahlen wiesen ein starkes Anschwellen der kommunistischen Stimmen auf, kurz, keine jener Parteien, die außenpolitisch geeint waren, hatte so recht Lust, diese Verantwortung zu übernehmen.

Der Fortgang der Regierungskrise bot manches Merkwürdige. Hatte man doch ursprünglich angenommen, es werde weiter nichts geschehen, als daß umgehend die Große Koalition zustande käme und das Kabinett durch Hereinnahme sozialdemokratischer Minister ergänzt werden würde. Das scheiterte aber an dem Widerstand, den innerpolitisch die Sozialdemokratie dem bisherigen Reichskanzler entgegenstemmte, ein Widerstand, der dann auch weitere Kreise in der Demokratischen Partei und im Zentrum ergriff. Plötzlich war von Dr. Luther überhaupt nicht mehr die Rede.

Da griff der Reichspräsident von Hindenburg ein. Er ließ beim Zentrum anfragen, ob es die Regierungsbildung übernehmen wolle, erhielt dort aber einen ablehnenden Bescheid. Dann hat er das gleiche bei der Demokratischen Partei versucht, deren Vorsitzender Dr. Koch grundsätzlich zusagte und sich daran machte, ein Programm auszuarbeiten, das allerdings in zahlreichen Punkten von einer wahrscheinlich absichtlichen Unbestimmtheit war. Denn nun hatten inzwischen die Sozialdemokraten gleichfalls ihre Voraussetzung zu einer Beteiligung an der „Großen Koalition" in bestimmte Formulierungen gepreßt, die man ursprünglich wenigstens zum Teil als ein Verhandlungsobjekt betrachtete. Dem ist aber nicht so gewesen. Es hat sich herausgestellt, daß die Sozialdemokratie an ihrem Programm unbedingt festhalten will, und zwar deshalb, weil sie der Deutschen Volkspartei als Genossin bei der „Großen Koalition" nicht traut. Natürlich liegt der Grund darin, daß die Sozialdemokratie sich für ihr Mitgehen bei dieser Koalition allerstärkste Rückendeckungen verschaffen mußte, um sich nicht den Angriffen der Kommunisten mehr oder weniger wehrlos auszusetzen. Selbstverständlich nicht nur etwa programmatische Rückendeckungen, die früher oder später im Aktenschrank verschwunden wären, sondern eine wirkliche Durchführung dieser Sätze. Daraufhin hat man nun die Richtlinien, die Dr. Koch aufgestellt hatte, als mit diesem Programm unvereinbar erachtet.

Was soll nun weiter geschehen? Zentrum und Demokratie wollen von einer Koalition der Mitte von dem volksparteilichen Dr. Scholz bis Dr. Koch nichts wissen, schon um der Sozialdemokratie nicht die Möglichkeit zu geben, bei den Ereignissen der nächsten Monate jede Verantwortung ablehnen zu können. Außerdem könnten bei solchen Gelegenheiten, bei denen die Sozialdemokratie etwa gegen eine Regierungsvorlage ist, die Deutschnationalen leicht die parlamentarische Möglichkeit erlangen, mit Hilfe dieser Opposition die Regierungskoalition in Schwierigkeiten zu bringen und dadurch das Kabinett zu stürzen. Vielleicht wird der Reichspräsident, obwohl das fast ausgeschlossen ist, in folgerichtigem Fortgang seines bisherigen Verhaltens der Sozialdemokratie die Regierungsbildung antragen. Da würde die Deutsche Volkspartei nicht mitmachen und die Weimarer Koalition hätte keine Mehrheit im Reichstag. Da sich dann die Unmöglichkeit herausgestellt hätte, auf dem rein parteipolitischen Boden der „Großen Koalition" ein Kabinett zustande zu bringen, würde wohl wieder der Verlegenheitsausweg eines sogenannten Beamtenkabinetts beschritten werden müssen, mit dessen Bildung dann Dr. Luther betraut würde.

Vor Weihnachten ist aber kaum mehr daran zu denken, der Krise im Kreise ein Ende zu machen.

Kabinettsbildung verschoben.

Reichsminister a. D. Dr. Koch berichtete Donnerstag dem Reichspräsidenten über seine Verhandlungen, aus denen sich ergeben habe, daß die Große Koalition zurzeit nicht möglich sei, und gab deshalb dem Reichspräsidenten den ihm erteilten Auftrag zur Kabinettsbildung wieder zurück. Der Reichspräsident dankte dem Abg. Koch für seine mühevolle Arbeit, die, wenn sie auch kein positives Ergebnis hatte, doch wesentlich zur Klärung der politischen Lage beigetragen habe.

Ein Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Industrie.

Bedeutende Senkung der Staatsausgaben gefordert

Berlin, 17. Dezember. Der Reichsverband der Deutschen Industrie überreichte heute bei einer Zusammenkunft mit Pressevertretern der Oeffentlichkeit eine Art Wirtschafts- und Finanzprogramm, das in einer ausführlichen Denkschrift mit umfangreichen Berechnungen und Zahlenangaben zusammengefaßt ist. Nach den einleitenden Worten des Vorsitzenden des Reichsverbandes Geheimrat Duisberg hielt der stellvertretende Vorsitzende des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Industrieorganisation Geheimrat Castell eine Rede, in der er die Bedeutung und die Hauptgesichtspunkte dieses Wirtschaftsprogramms unterstrich. Aus den Erklärungen des Redners, wie aus der Denkschrift selbst ergeben sich als wesentliche von der Industrie empfohlene

Leitsätze für die Wirtschaftsreform.

Reich, Länder und Gemeinden erheben heute zusammen Steuern von 10,2 Milliarden, hinzu kommen soziale Abgaben von 2,2 Milliarden und Reparationslasten von zunächst 720 Millionen, so daß sich eine Gesamtbelastung von 13 Milliarden ergibt. Das heutige deutsche Volkseinkommen wird demgegenüber auf 43 bis 48 Milliarden berechnet (33 bis 36 Milliarden Arbeitnehmereinkommen, 8 bis 10 Milliarden Einkommen aus Handel, Gewerbe, Landwirtschaft und Industrie, ¾ bis 1 Milliarde Kapitalrente und 1 Milliarde sonstiges Einkommen). Sind diese Berechnungen richtig, so würde die öffentliche Belastung des Volkseinkommens 25 bis 30 v. H. betragen, deshalb wird eine Senkung der Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden um mindestens 20 v. H. gegenüber 1924 verlangt, außerdem zweckmäßige Umgestaltung der Steuersysteme und Steuererhebung, Abstoßung der nicht unbedingt notwendigen Kommunal- oder Länderbetriebe. Die Eisenbahn soll eine Tarifermäßigung, beginnend mit der Ermäßigung der Kohlentarife, vornehmen, die Reichspost die Gebühren im Telegraphen- und Fernsprechwesen herabsetzen, die sozialen Lasten sollen sich im Rahmen der finanziellen Möglichkeit der Wirtschaft halten und in regelmäßigen Abständen amtlich überprüft werden, ob dieses Verhältnis richtig ist. Eine Senkung des Reichsbankdiskontes wird verlangt als Voraussetzung für die Erleichterung der Bankkonditionen sowie der eventuelle Erlaß eines Sperrgesetzes für die Kapitalanlagen der Sparkassen, um in erster Linie Landwirtschaft und Baugewerbe zu versorgen. In der Zollpolitik soll ein Mittelweg zwischen Freihandel und Schutzzoll eingeschlagen werden. Auf dem Gebiete der Privatwirtschaft wird das Mittel der Typisierung und Normalisierung empfohlen, aber nur, soweit sie nicht die Spezialproduktion hindern. Sehr entschieden wird die Konzentration in der Industrie nahegelegt, um den Einschrumpfungsprozeß in organischen Bahnen zu lenken. Die Kartelle sollen unbedingt aufrechterhalten werden. Ihre Auflösung würde nur vorübergehende Preisermäßigungen bringen, aber die dauernde Vernichtung eines Produktionsmittels bedeuten. Zur Ordnung der Verhältnisse auf dem Weltmarkte schließlich werden internationale Kartelle empfohlen.

Es kam schon bei dieser ersten Besprechung der Denkschrift zu einer Diskussion, und man muß annehmen, daß sie in der nächsten Zeit um so mehr ein Gegenstand eingehender Erörterung in der Oeffentlichkeit werden wird, als sie dem Reichskanzler überreicht werden wird, und die Grundlage einer besonderen Fühlungnahme mit dem Reichspräsidenten darstellen soll.

Deutschlands Wirtschaftskraft gelähmt.

Rotterdam, 18. Dezember. Westminster Gazette schreibt zur europäischen Wirtschaftslage, sie werde beherrscht von dem deutschen Wirtschaftsniedergang. Führende amerikanische und englische Wirtschaftskreise seien der Ueberzeugung, daß nur die zeitweise Herabsetzung der Dawesverpflichtungen Deutschlands einen Stillstand des Wirtschaftschaos bringen könne.

Aufhebung des Christbaumverbots in Südtirol.

Bozen, 18. Dezember. Das Verbot des Verkaufes von Christbäumen, das die Bozener 14 Tage hindurch in Aufregung hielt, ist nun aufgehoben worden.

Austritt der Linksradikalen aus dem Kartell.

Paris, 18. Dezember. Die politische Lage hat gestern abend durch den Austritt der Linksradikalen aus dem Kartell eine bedeutsame Klärung erfahren und die Aussichten für ein nationales Ministerium sind, wenn dieses auch noch in weiter Ferne liegt, nicht unbeträchtlich gestiegen.

Die Protestnote der türkischen Regierung.

London, 18. Dezember. Nach Empfang der Mossulentscheidung des Völkerbundrates hielt das türkische Kabinett unter Kemal-Paschas Vorsitz eine stundenlange Sitzung ab, in der eine energische Protestnote an den Völkerbund beschlossen wurde.

Mukden von Japanern besetzt.

Berlin, 18. Dezember. Nach einer Meldung aus Tokio ist Mukden jetzt von japanischen Truppen besetzt worden. Die entsprechend den Washingtoner Beschlüssen für den 18. Dezember nach Peking einberufenen Exterritorialitätskonferenz soll stattfinden, obwohl eine Reihe Delegierter infolge der kriegerischen Maßnahmen nicht von Tientsin nach Peking gelangen können.

Vertagung des Reichstages.

(138. Sitzung.) CB. Berlin, 17. Dezember.

Der Reichstag nahm zuerst in allen drei Lesungen den Gesetzentwurf an, in dem die Verordnung über die Ausfuhr von Kunstwerken bis zum 31. Dezember 1927 verlängert wird, mit der Maßgabe, daß an Stelle des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung der Reichsminister des Innern tritt.

Die Abgg. Bergsträßer (Dem.) und Dr. Schreiber (Ztr.) traten für die Vorlage ein. Letzterer bat die Regierung, alles zu tun, um den Dom von Mainz und den Kölner Dom als Denkmäler deutscher Kunst vor dem Verfall zu bewahren. Der Gesetzentwurf über die Teilung der Landesversicherungsanstalt Schlesien und Errichtung einer Versicherungsanstalt für die Provinz Oberschlesien wurde auf Antrag des Zentrums in einer sofort einberufenen zweiten Sitzung an den Ausschuß für soziale Angelegenheiten zurückverwiesen, nachdem sich bei der ersten Abstimmung herausgestellt hatte, daß das Haus beschlußunfähig war. Der Reichstag setzte darauf

die dritte Lesung des landwirtschaftlichen Etats

fort. Dabei wies zuerst der Kommunist Hörnle auf die Not der Kleinbauern hin und warf der Regierung vor, daß sie nur die Großagrarier unterstütze.

Abg. Meyer-Hannover (Wirtsch. Vgg.) wandte sich gegen die Methoden, mit denen der Reichsbankpräsident Dr. Schacht der Landwirtschaft habe helfen wollen. Dr. Schacht habe die Bauern dazu verführt, Wechsel zu unterschreiben. Solche kurzfristigen Kredite seien unheilvoll, ebenso die hochverzinslichen Auslandskredite. Die Landwirtschaft brauche langfristige Dünger- und Saatgutkredite. Die Weiterberatung wurde dann vertagt.

Ohne Debatte wurde auf Antrag von Guérard (Ztr.) ein Gesetzentwurf angenommen, wodurch die Verzuckerungsfrist für Weine des 1925er Jahrgangs bis zum 31. März 1926 verlängert wird.

Die nächste Sitzung soll auf Vorschlag des Aeltestenrats am Dienstag, den 12. Januar 1926, 3 Uhr nachmittags, stattfinden.

Von Graefe (Nat.) protestierte dagegen, daß der Reichstag jetzt schon auseinandergeht. Im Reichswehrministerium werde jetzt schon über die

Durchführung des Belagerungszustandes

beraten. Der Redner beantragte, morgen noch eine Sitzung abzuhalten, um darin einen Untersuchungsausschuß für die Fememorde einzusetzen.

Der Antrag Stöcker wurde abgelehnt und der Vorschlag des Aeltestenrats bestätigt.

Präsident Löbe entließ darauf die Abgeordneten mit den besten Weihnachts- und Neujahrswünschen.

Das Deutschtum in Elsaß-Lothringen.

Der Kampf um die Sprachfreiheit.

Im Verlauf der Beratung des Budgets des Unterrichtsministeriums in der Französischen Kammer verlangte der in Metz gewählte Abgeordnete Louis Rustlärung über die Verabschiedung mehrerer Professoren am französischen Gymnasium in Metz. Diese Entlassungen hätten einen schlechten Eindruck hervorgerufen. Wenn ähnliche verhängnisvolle Irrtümer im Saargebiet nicht stattgefunden hätten, wäre vielleicht das Volk im Saargebiet jetzt für Frankreich. Abbé Müller forderte eine Dezentralisation im Unterricht. Im Elsaß könne man nicht in der gleichen Weise vorgehen wie im übrigen Frankreich. Der elsässische Schüler müsse sein engeres Vaterland lieben lernen, auf diese Weise lerne er dann vielleicht auch sein großes Vaterland lieben.

Unterrichtsminister Daladier führte aus, es bestehe eine besondere Verwaltungsbehörde für Elsaß-Lothringen. Er könne also als Minister nichts tun, aber er mißbilligt die These des Abbé Müller, denn er trete für die Einheit Frankreichs ein. Abbé Müller entgegnete, es gäbe eine sprachliche Tradition in Elsaß-Lothringen. Da das Elsaß eine Vermittlermission zu erfüllen habe, müsse es seine Sprache beibehalten. Auf diesem Gebiet würden die Elsässer niemals nachgeben. Auch der Abgeordnete Oberlirch warnte davor, im Elsaß einen Zustand

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF